

N i e d e r s c h r i f t

der 3. öffentlichen Sitzung des Betriebsausschusses EigenBetrieb Zentrales GebäudeManagement am 16. März 2010

Ort: Hansering 15, Raum 139
06108 Halle (Saale)

Zeit: 15:00 Uhr bis 17:20 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend sind:

Herr Bürgermeister Dr. Thomas Pohlack	Stadtverwaltung
Frau Christine Röhr	EB ZGM
Herr Uwe Kohlberg	EB ZGM
Herr Michael Sprung	Stadtrat / CDU
Frau Martina Wildgrube	Stadträtin / FDP
Herr Klaus Hopfgarten	Stadtrat / SPD
Herr Rudenz Schramm	Stadtrat / parteilos
Herr Tom Wolter	Stadtrat / MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM
Herr Bernd Bielecke	Betriebsleiter EB ZGM
Frau Jacqueline Ziederer	EB ZGM
Frau Elke Walter	EB ZGM
Frau Karin Harkenthal	EB ZGM

Entschuldigt fehlen:

Herr Christoph Menn Stadtrat / BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Herr Dr. Pohlack eröffnet die Sitzung, begrüßt die anwesenden Betriebsausschussmitglieder und Gäste und stellt die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Abstimmungsergebnis:

8 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen

einstimmig z u g e s t i m m t.

Somit gilt folgende Tagesordnung als Verhandlungsgrundlage:

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschrift der Sitzung am 15.12.2009
4. Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung am 15.12.2009 gefassten Beschlüsse
5. Beschlussvorlagen
- 5.1 Wirtschaftsplan für das Wirtschaftsjahr 2010 des Eigenbetriebes Zentrales GebäudeManagement der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: V/2010/08685
6. Anträge von Fraktionen und Stadträten
7. schriftliche Anfragen von Stadträten
8. Mitteilungen
- 8.1 Darstellung Serviceentgelt (Mietkalkulation) des EB ZGM
Vorlage: V/2010/08689
- 8.2 Restrukturierung und Neuausrichtung des EB ZGM
Vorlage: V/2010/08688
9. Beantwortung von mündlichen Anfragen
10. Anregungen

zu 3. **Genehmigung der Niederschrift der Sitzung am 15. Dezember 2009**

Abstimmungsergebnis:

8 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen

einstimmig z u g e s t i m m t.

Die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung des Betriebsausschusses des **Eigenbetriebes Zentrales GebäudeManagement** am 15. Dezember 2009 wird in der vorliegenden Fassung bestätigt.

zu 4 **Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung am 15.12.2009 gefassten Beschlüsse**

TOP 3.1 Beschluss V/2009/08480:
Bestellung eines Wirtschaftsprüfers zur Durchführung der Jahresabschlussprüfung 2009

einstimmig zugestimmt

TOP 3.2 Beschluss: V/2009/08505
Wach- und Sicherheitsaufgaben – Haus der Wohnhilfe

einstimmig zugestimmt

zu 5 **Beschlussvorlagen**

zu 5.1. **Wirtschaftsplan für das Wirtschaftsjahr 2010 des Eigenbetriebes Zentrales GebäudeManagement der Stadt Halle (Saale)**
Vorlage: V/2010/08685

Herr Dr. Pohlack bezieht sich darauf, worüber in der letzten Sitzung besprochen wurde. Hierzu liegen allen Ausschussmitgliedern drei Varianten des Wirtschaftsplanes 2010 vor. In der Diskussion wurde herausgearbeitet, dass für die Zukunft des EB ZGM eine angemessene Finanzausstattung nötig ist, d.h. deutlich über den Ansätzen, wie sie bisher gehandhabt wurden. Wir hatten dargestellt, dass ein Serviceentgelt in Höhe von 1,32 €/m² nicht auskömmlich sein kann. Herr Bielecke hatte uns beispielhaft von anderen Städten aufgezeigt, was dort an Serviceentgelt pro m² üblich ist. Dies ging deutlich über 5,- € hinaus. Wir hatten uns als Kompromissvorschlag 2,59 € überlegt.

Es ist uns im Rahmen der Haushaltsplanung gegenüber Herrn Geier und der Kämmerei nicht gelungen, auch nur 2,59 € darzustellen. Wir müssen in der Folge darüber nachdenken, wie es mit dem EB ZGM insgesamt im bisherigen Ansatz weitergehen soll.

Unabhängig davon ist die sog. Variante 3 des Wirtschaftsplanes erarbeitet worden, die davon ausgeht, was sich die Stadt leisten kann; mit der Zielstellung, dass der EB ZGM überhaupt handlungsfähig ist. Wir können es uns nicht erlauben, mit der Beschlussfassung zum Wirtschaftsplan zu warten, bis der städtische Haushalt beschlossen worden ist. Voraussichtlich ist Ende April/ Mai ein Haushaltsbeschluss möglich, dann muss dieser der Rechtsbehörde vorgestellt werden. Es ist sinnvoll, ganz pragmatisch diesen Wirtschaftsplan mit der vorläufigen Größenordnung zu fassen. Wir sehen, um handlungsfähig zu sein, keine andere Möglichkeit. Wir haben das sehr intensiv im Beisein von Herrn Geier und der Oberbürgermeisterin diskutiert, so dass wir zunächst diesen Wirtschaftsplan (Variante 3) zur Diskussion stellen müssen und uns in der Nachfolge Gedanken machen müssen, welchen Zuschnitt der EB ZGM haben wird. Z.B., dass die Nichtgebäudemanagementleistungen (Hauptamtgeschäft) so separiert sind, dass man über eine Rücknahme des Hauptamtes in die Kernverwaltung sprechen kann und es gibt noch weitere Perspektiven, über die es sich lohnt, zu reden. So wie die Konstellation jetzt ist, bewegen wir uns im deutlich dünneren Fahrwasser als das Restrukturierungskonzept von Rauschenbach vorgesehen hat. Die Stelle des Betriebsleiters war ausgeschrieben mit der Maßgabe, zu restrukturieren. Die praktischen Schritte gehen in die Richtung, dass zusätzliche Schwierigkeiten entstanden sind, erstens durch die Immobilien, die im Sondervermögen des EB ZGM waren und inzwischen bei der Stadt sind und vom EB ZGM betreut und bewirtschaftet werden, deshalb die Serviceverträge. Zweitens, die finanzielle Ausstattung war immer ungenügend. Das LVA hat gerügt, dass die Abschreibung nicht dargestellt werden kann, deshalb die Herausnahme der Immobilien aus dem EB ZGM. Darüber hinaus ist aus anderen Gründen mit dem jetzigen Betriebsleiter nicht zustande gekommen, in den Bereichen, wo dringender Handlungsbedarf besteht, qualifiziertes Personal einzustellen. Jetzt stehen wir vor der Situation, wie breit angelegt kann das Geschäft sein, was eine Person abwickeln kann. Das müssen wir uns sorgfältig überlegen in den nächsten Wochen und Monaten. Ich halte nach wie vor die Struktur in dieser Breite für die optimale Struktur. Aber wenn die finanziellen Voraussetzungen nicht zustande kommen, müssen wir uns konzentrieren auf das Hochbauamtgeschäft. Soviel zur Problemlage.

Wir sollten, wenn Sie einverstanden sind, mit dem pragmatischen Ansatz des Wirtschaftsplanes beginnen.

Herr Bielecke: Wir haben im Dezember 2009 über die Frage des Wirtschaftsplanes gesprochen. Die von Herrn Dr. Pohlack angerissenen Probleme sind Gegenstand der Erörterung gewesen. Der Wirtschaftsplan 2010 ist darauf gerichtet, die Aufgaben im Rahmen der gegebenen Möglichkeiten zu erfüllen, wie das möglich ist. Wir sind Dienstleister als Gebäudemanagement. Die Frage, inwieweit die anstehenden Aufgaben mit den Möglichkeiten aus der finanziellen Ausstattung übereinstimmen, ist ein Grundproblem. Wir bekommen für verwaltende und technische Betreuungstätigkeiten das Serviceentgelt. Wir haben Ihnen übergeben, wie die Strukturen sein könnten. Die Grundvariante ist die Basisversion, wie wir sie im Dezember diskutiert haben. Wir haben jetzt eine 3. Version (Teilzeitinitiative) vorgestellt. Wir haben darüber gesprochen, dass eine Teilzeitinitiative auf den Weg gebracht worden ist. 150 Mitarbeiter haben sich entschieden, dieses Angebot anzunehmen (5 % Reduzierung der wöchentlichen Arbeitszeit und dafür eine Beschäftigungsgarantie für 5 Jahre). 145 unterzeichnete Verträge liegen zurzeit vor.

2 Mitarbeiter haben sich noch nicht entschieden, bei 3 Mitarbeitern liegt eine schriftliche Mitteilung vor, dass sie das Angebot nicht annehmen wollen. Diese Sachlage ist Grundlage zur Bemessung der Personalkosten. Es ist in der Grundstruktur ähnlich wie im Dezember besprochen. Um eine genehmigte Grundlage zu haben, wäre es erforderlich, diesen Wirtschaftsplan in dieser Version zu beschließen. Die Größenordnung der zu bewirtschaftenden Flächen wird beibehalten, auch die an Dritte zu vermietenden Flächen. Die Gesamtzahl der zu bewirtschaftenden Flächen ist stabil. Die Schulstrukturen werden sich

ändern; es werden Flächen reduziert. Gleichzeitig wird es weitere Personalreduzierung dadurch geben, dass Altersteilzeit und Altersruhestand eintreten werden. Dies wurde auch im Wirtschaftsplan dargestellt. Es gibt einen entscheidenden Zeitraum 2012/ 2014, wo gleichzeitig fast 50 Mitarbeiter in Altersteilzeit sind. Die verstärkte Nutzung von Altersteilzeitangeboten hat 2006 begonnen und 2009 noch einen Impuls bekommen. Für die Zeit von etwa 3 Jahren sind die Beschäftigten noch im Betrieb und gehen dann in die Passivphase. Darunter sind Leistungsträger, die durch neues geeignetes Personal ersetzt werden müssen. Darüber ist bereits diskutiert worden.

Herr Dr. Pohlack: Dann gehen wir in die Diskussion.

Herr Bielecke geht auf das Verhältnis zwischen städtischem Haushalt und Wirtschaftsplan des EB ZGM ein.

27.128.100 € sind als Mietausgaben der Stadt ausgewiesen. Diese Summe ist für sämtliche UA für den Haushalt der Stadt zutreffend. Es gibt weitere Zahlungen. Dadurch ergeben sich die im Textteil des Wirtschaftsplanes dargestellten 28.934.700 €. Bei der 3. Fassung ist eine Reduzierung der Personalkosten berücksichtigt worden.

Herr Wolter: Gibt es von den Flächen her keine Veränderung aufgrund von PPP-Objekten und Bädern? **Herr Bielecke:** Bei Bädern wird es Konsequenzen haben, die noch nicht berücksichtigt sind.

Herr Wolter: Bei den Personalkosten war überraschend das Ist 2009 (Seite 23) und der Plan 2009 und 2010. **Herr Bielecke:** Wir haben 2010 geringfügige Abgänge eingeplant.

Herr Wolter: Frage auf die Personalkosten bezogen, ob es im Bereich der Investitionsmittel bzw. Serviceentgeltes usw. keine vom Ausschuss geforderten Erhöhungen, sondern nur eine Verschiebung aufgrund der Teilzeitalternative gibt, was die Mitarbeiter mit tragen und nicht in einer Form der Erhöhung des Zuschusses in Folge entsteht. Ich hätte gern gewusst, was die Personalentwicklung bedeutet. Zum Plan 2009 sind das über 40 Stellen und 2010 sind das vom Ist 30.06. letzten Jahres immer noch 35 Stellen. Sind die schon erfüllt? **Herr Bielecke:** Die Stellen sind nicht besetzt, aber im Plan noch ausgewiesen.

Herr Wolter: Das Ist liegt bei ca. 240? **Herr Bielecke:** Wir sind in der Größenordnung und haben im Wesentlichen Abgänge durch altersbedingtes Ausscheiden. Leider haben wir auch 2 Todesfälle in den letzten Wochen, die noch nicht enthalten sind.

Herr Wolter: Sie planen, innerhalb des Jahres 35 Vollzeitstellen zu schaffen bzw. zu besetzen. **Herr Bielecke:** Einige Stellen müssen dringend in Durchführung des K II-Programmes besetzt werden und aufgrund der Tatsache, dass wir einen hohen Krankenstand haben im Bereich der Hausmeister und das sind nicht nur die Langzeitkranken, die ausfallen und nicht verfügbar sind. Dieser Krankenstand ist leider sehr hoch und muss kompensiert werden und wir haben noch keine Einstellungen gehabt.

Herr Wolter: Haben Sie vor, mit der Verabschiedung des Wirtschaftsplanes diese Stellen zu besetzen? **Herr Bielecke:** Die Absicht besteht, dass Stellen besetzt werden. Das beschränkt sich aber auf die Stellen, die u.a. im Konzept Rauschenbach ausgewiesen sind, d.h. bei weitem nicht die von Ihnen genannte Zahl.

Herr Wolter: Tarifvereinbarung ist getroffen worden mit 2,5 %. Ist das enthalten? **Herr Bielecke:** Das ist noch nicht enthalten, vorgehalten ist es mit 2 %.

Herr Wolter: Wie ist der Krankenstand prozentual? **Herr Bielecke:** Wir differenzieren auch nach den Bereichen; in einigen Bereichen hatten wir nur 3 %, in anderen ca. 15 %. Das ist natürlich kein Stand, der zufriedenstellend sein kann. Wir haben auch versucht, die Arbeitsbedingungen zu verbessern, z.B. mit Werkzeugen im Bereich der Hausmeister. Wir haben ein sehr differenziertes Arbeitsumfeld. Die Schulen und Kitas haben z.T. unterschiedliche Voraussetzungen. Es gibt erhebliche Potenziale, um zu einer Reduzierung des Krankenstandes zu kommen. Wir haben die Absicht, uns im Umwelt- und

Arbeitsschutzbereich zu zertifizieren, um einen Beitrag zu leisten und wollen das gern fortsetzen. Wir können aber auch nicht ignorieren, dass wir nach wie vor einen hohen Altersdurchschnitt haben. Grundsätzlich müssen wir die Voraussetzungen für die Durchführung der Arbeiten verbessern. Das ist auch Teil des Rauschenbach-Konzeptes.

Auf Anfrage von **Herrn Wolter** zum Gesundheitsmanagement antwortet **Herr Bielecke**, dass das ZGM sich dieses „auf die Fahne geschrieben“ hat, aber noch nicht zufriedenstellend gelöst ist.

Herr Sprung: Seit 2007 liegt die Mitarbeiteranzahl unterhalb von 300 Mitarbeitern. Inwieweit ist die Freistellung eines hauptamtlichen Personalvertreters noch vorhanden? Soweit ich das kenne, ist gesetzlich vorgeschrieben, dies ab 300 Mitarbeitern durchzuführen. Wenn es das noch gibt, wie ist das zukünftig geplant, wenn die Zahl unterschritten ist?

Herr Bielecke: Die Zahl ist schon seit längerer Zeit unterschritten. Zum Zeitpunkt, als ich begonnen habe, war das schon so, dass die Zahl nachhaltig unterschritten war. Ich habe mich mit den Voraussetzungen vertraut gemacht, diese entsprechend den gesetzlichen Regelungen anzupassen oder auf die gesetzlichen Regelungen zu bringen. Es ist so, dass verschiedene Konditionen erfüllt sein müssen. U.a. muss die Zahl von 300 Mitarbeitern deutlich unterschritten sein, dies trifft auf den EB ZGM zu. Ich habe dem Personalrat den Vorschlag unterbreitet, dies in Stufen zu reduzieren und habe das mit Beginn 2009 so festgelegt und die Reduzierung sehr moderat gestaltet. Das waren zunächst 25 %, die ich als Reduzierung der Freistellung vorgesehen hatte, mit der Maßgabe, dass für 2010 darüber neu nachgedacht und weiter zu reduziert wird. Ich hatte 50 % vorgeschlagen. Der Personalrat hat sich geäußert und die Auffassung vertreten, dass es nicht gerechtfertigt ist, weiter zu reduzieren. Das ist der Stand bis zum 30.06.10 mit dieser 50 % Reduzierung der Freistellung.

Herr Wolter: Es besteht also eine 50 %-ige Reduzierung der Freistellung, obwohl 300 Mitarbeiter unterschritten sind. **Herr Bielecke:** Die Rechtsprechung ist so angelegt, dass in Zeiten, in denen Umstrukturierungen stattfinden, noch eine teilweise Freistellung gerechtfertigt ist. **Herr Sprung:** Wann ist die vollständige Freistellung weg? **Herr Bielecke:** Es gibt bisher keine endgültige Festsetzung, wann das ist. Ich habe diese Frage auch mit den Gewerkschaften diskutiert.

Herr Sprung: Zum 30.06.10 ist eine Reduzierung auf Null anzustreben unter Berücksichtigung der rechtlichen Grundlagen.

Herr Sprung: Werden bei der Lehrlingsausbildung Fachkenntnisse von Berufsschulen vermittelt? **Herr Bielecke:** Auf das schulische Grundwissen greifen wir zurück. Die Mitarbeiter im Immobilienbereich haben nicht die eigentliche Ausbildung. Das heißt nicht, dass sie nicht ihr eigentliches Geschäft ausführen können, das können sie durchaus. Wir greifen auf das Wissen der Berufsschule zurück und tauschen uns auch mit anderen Immobilienunternehmen aus, wie Wohnungsunternehmen, die Kenntnisse vermitteln.

Anfrage von **Herrn Sprung** zur finanziellen Auswirkung der Bäderübertragung.

Herr Bielecke: Wir haben bisher dafür Personal vorgehalten, 1 Mitarbeiter ist in Altersteilzeit gegangen, der die technische Betreuung gemacht hat, die Grundstücke bei der Stabsstelle Sport und Bäder. Das muss man mit berücksichtigen. Sie gehen also nicht 1:1 in die Bäderübertragung ein..

Anfrage von **Herrn Sprung**, ob Neufahrzeuge angeschafft wurden und der Fuhrpark angewachsen ist. Warum wächst das um 10 T€ an? **Herr Bielecke:** Angewachsen ist er nicht, wir haben die Zahl der Fahrzeuge reduziert. Wir sind aber noch nicht komplett durch mit der Reduzierung der Fahrzeuge. Wir haben noch einen Altbestand in diesem Jahr. Wir vollziehen ja erst diesen Wechsel, der ist mit der ersten Etappe bis Ende des Monats abgeschlossen. Wir haben jetzt das vorletzte Fahrzeug bekommen und ein Fahrzeug steht noch aus, von denen, die bestellt sind. In den ausgewiesenen Kosten sind noch Reparaturen alter Fahrzeuge mit drin.

Herr Sprung fragt nach den betrieblichen Aufwendungen von 10 T€ bei der Telekommunikation. Was ist teurer geworden? **Herr Bielecke:** Das Problem ist, die Leistungen müssen ausgeschrieben werden. Das bereiten wir zurzeit vor. Wir wollen die Gesamtsituation aufbereiten und zur Ausschreibung bringen. Im Sozialbereich z.B. gehen viele Telefonate nach Kroatien.

Herr Schramm stellt die Frage bezüglich Personalkosten. Die Ist-Besetzung lag bei 241,25 zum 30.06.09. Wie ist das Ist 2009? Bezieht sich der Planansatz 11 Mio.€ auf die 283, die Relation zwischen den Zahlen würde mich mal interessieren.

Herr Bielecke: Die Ist-Zahl 2009 gibt es. Die liegt unter den 11,8 Mio. €. Die nicht besetzten Stellen sind nicht vergütet.

Herr Wolter: Sie haben auf Seite 25 ein Delta dargestellt, was einen vollkommen „aus der Spur“ bringt, was bei den sonstigen betrieblichen Erträgen und Materialaufwand einen Sinn macht, aber bei den Umsatzerlösen gar keinen Sinn macht, das Delta in irgendeiner Form darzustellen, weil unser Interesse, wie im letzten Ausschuss geäußert, war ja, dass man die Erlöse durch Vermietung an die Stadt und Erlöse durch Vermietung an Dritte speziell noch mal im Verhältnis zu dem Plan 2009 dargestellt wissen will.

Wo setzt die Verringerung an?

Herr Bielecke: Die Tendenz ist zurückgegangen, auch Vermietung an Dritte. Die Verringerung liegt bei 1,4 Mio. €. Das kann nur bedingt beeinflusst werden. Die Einnahmen sind als Deckungsbeitrag anzusehen.

Herr Wolter: Ich teile die Auffassung der Reduzierung der moderaten Personalratsfreistellung, weil das rechtlich wirklich nicht einwandfrei ist. Wenn die Restrukturierung des Personals abgeschlossen ist, sollte auch die Beendigung der Freistellung erfolgen. Dass mit dem 30.06.10 die Umstrukturierung abgeschlossen ist, wollen wir ja alle. Das rechtmäßige Handeln erwarte ich dann vom Betriebsleiter.

Wir hatten uns im Dezember verständigt, dass es im Januar eine Vorlage gibt von Herrn Geier bezüglich der Rückführung der Nichtgebäudemanagementleistungen. Sie hatten ja dargestellt, dass die Restrukturierung innerhalb des EB ZGM stattgefunden hat und alles vorbereitet ist. Wir waren etwas erstaunt im Finanzausschuss, dass Herr Geier die Problematik zurück gab, so als hätte er das schon gern gemacht, aber es ist leider noch nicht möglich. Es ging um die Haushaltsposition Zentrale Dienste, wo eine Personalstelle vorgehalten wird. Ich fragte, was mit den sonstigen Kosten ist, wann eine Finanzplananpassung passieren wird und es hat mich überrascht, dass Herr Geier ausführte, dass das in diesem Jahr stattfinden soll und er ist nicht derjenige, der das verhindert. Im Januar sollte es eine Vorlage geben, jetzt sind wir im März. Wir können hier den Wirtschaftsplan beschließen, der aber so nicht gültig ist, weil wohl noch eine große Umstrukturierung stattfinden soll. Findet die statt?

Herr Dr. Pohlack: Ich kann mich nicht an die Aussage von Herrn Geier erinnern, dass es an ihm nicht gelegen hätte. **Herr Wolter:** Sie waren beim letzten Finanzausschuss zur Haushaltsdiskussion nicht anwesend.

Herr Dr. Pohlack: Der rein mathematische Ansatz, das habe ich in den letzten 2 Jahren dargestellt, dass in der Finanzplanung des städtischen Kernhaushaltes die Rücknahme des Hauptamtes fehlt. Im Moment ist die Lesart im Hause, da schließe ich Herrn Geier mit ein, dass in dem Maße, da das Personal, was im ZGM die Hauptamtstätigkeit mit durchführt, samt dem Finanzbetrag, der für dieses Personal erforderlich ist, rüber geht in den Kernhaushalt. Das müsste sich eigentlich in der Gesamtfinanzbelastung für die Stadt Halle neutral bewegen. Unabhängig davon, dass vielleicht noch zusätzlich eine Ressortleiterstelle besetzt werden soll, für die Transformation des Hauptamtsgeschäftes in die Kernverwaltung dürfte es in der Gesamtfinanzbetrachtung neutral ausgehen.

Das Hauptamtsgeschäft als solches wird ja überhaupt nicht mehr von der Stadt extra bezuschusst, wie das früher mal war. Es geht zu Lasten der Gebäudeunterhaltung. Um das

kostenneutral rüberzubringen, würde das Serviceentgelt um den Betrag des Hauptamtes reduziert werden müssen und bei der Stadt gibt es dann den entsprechenden Aufwuchs.

Herr Bielecke: Auf Seite 7 oder 8 finden Sie z.B. die Zahl, die im Moment aktuell ist, das sind 1,939 Mio. €, die für die Nichtgebäudemanagementleistungen entstehen. Das müsste an anderer Stelle im Haushalt ansonsten untergebracht werden. Wenn ich die rausnehme aus dem Serviceentgelt, dann heißt das auch, dass für die Aufgabenerfüllung an den Gebäuden genau so wenig zur Verfügung steht.

Herr Wolter: Wird es eine neutrale Verschiebung von Kosten und von Personal geben?

Herr Dr. Pohlack: Die Aktivitäten, das Hauptamt wieder zurückzugeben, gehen nicht vom EB ZGM aus, sondern es gibt einen alten Beschluss aus der Zeit, wo Herr Bielecke noch nicht da war, da steht sogar drin, wir setzen jetzt das Rauschenbach-Konzept um und als erstes wird das Hauptamt zurück genommen. Für uns, aus der Betrachtungsrichtung ZGM, gibt es keinen Grund, das Hauptamtsgeschäft loszuwerden.

Herr Wolter: Zu den Bädern hatten Sie ausgeführt, dass technisches Personal sich in Altersteilzeit befindet. Es gibt kein Personal, was aus dem ZGM in die Service GmbH überwechselt? Das wird von **Herrn Bielecke** verneint. **Herr Wolter:** Aber es gibt Personal, was in der Bewirtschaftung dieser Bäder von Seiten des ZGM beschäftigt wird. Können Sie sagen, wie viel Personen das betrifft? **Herr Bielecke:** Im Sportbereich hatten wir beispielsweise 2 Kollegen tätig gehabt, einer ist zum Rechnungsprüfungsamt gegangen und einer ist in Altersteilzeit gegangen. Jetzt gibt es im gesamten Sportbereich nur einen Mitarbeiter (Ingenieur). Auf Anfrage von **Herrn Wolter** antwortet **Herr Bielecke**, dass auch Gebäudemanagementleistungen bei Bädern erbracht wurden.

Herr Wolter: Durch die Tarifvereinbarung ist ja auch die Regelung der Azubis übernommen worden. **Herr Bielecke:** Was tariflich geregelt ist, setzen wir um. Ich hatte ohnehin die Absicht, die Azubis zu übernehmen, um kompetente junge Mitarbeiter zu haben.

Frau Röhr: Ich habe eine Frage zur Arbeitszeitreduzierung. Es ist gesagt worden, von 150 Mitarbeitern, die ihren Willen bekundet haben, hätten 145 unterschrieben. Im Textteil zum Wirtschaftsplan steht aber, das Angebot ist von 80 % der infrage kommenden insges. 150 Mitarbeitern angenommen worden. Das wären ja weniger als 150 bzw. 145. **Herr Bielecke:** Die infrage kommenden sind nicht die 150. Die 150 sind die, die tatsächlich im Dezember erklärt haben, sie nehmen das an. Das sind von den prinzipiell infrage kommenden in etwa diese Größenordnung. Es sind ja Kollegen, die Altersteilzeitverträge haben, die nie für diese Regelung infrage kommen werden. Als infrage kommende Mitarbeiter wären 100 % 190 in etwa gewesen und unterschrieben haben 150. Das sind nicht ganz 80 %, wenn ich von den 190 einige abziehen würde, die aus anderen Gründen nicht infrage kämen, dann komme ich etwa auf 80 % der tatsächlich infrage kommenden Mitarbeiter, die das Angebot angenommen haben.

Frau Röhr: Bei der Zahlendarstellung Umsatzerlöse gibt es auf Seite 11 die Zahl 10.346 T€ und in der tabellarischen Darstellung bei den Anlagen Seite 20/21 sind es 9.932 T€. Das schließt sich evtl. auch an zu der Geschichte, wir haben ja das neue Blatt Beschlussvorlage erst bekommen mit dieser Zahl. Die gewünschte Zahl der Kämmerei, die nun nicht mehr identisch ist mit der Zahl, die in dieser Dokumentation steht. Wie vereinbart sich das, da es ja noch in weitere Ausschüsse soll. Wird das noch aktualisiert? **Frau Ziederer:** Die 10 Mio. € sind fälschlicherweise noch drin. Das hängt damit zusammen, dass wir da noch die Ärztehäuser drin hatten und bei den 9 Mio. € sind die Ärztehäuser nicht enthalten. Das müssen wir noch korrigieren.

Herr Schramm: Mir ist es auch relativ egal, wo diese Hauptamtsfunktion liegen bleibt, nur wenn wir in der Stadt Halle und insbesondere in diesem Bereich Pläne und Buchhaltungsübersichten haben, dann ist es doch unsere Aufgabe, dass Prozesse dort abgebildet werden, wo sie hingehören. Es kann nicht sein, dass ich einen Fahrdienst über

ein durchschnittliches Serviceentgelt nach m² abrechne. Das ist meiner Meinung nach absurd. Wie soll die Stadt jemals in der Lage sein, solche Bereiche zu bewerten, ist es effizient oder nicht. Das ist ganz sicherlich nicht ein Problem des ZGM, aber ich bitte, dass wir bei der Beschlussfassung dieses Planes die Stadt auffordern, dass hier Klarheit geschaffen wird. **Herr Bielecke:** In der Umlage ist das richtig abgebildet. Das Problem ist, wie kommen Erlöse zustande. Die Erlöse, die zustande kommen, decken nicht die eigentlichen Wirtschaftsprozesse ab. **Herr Schramm:** Das kann ja sein, dass bestimmte Bereiche der Stadtverwaltung keinen Fahrdienst nutzen, die bezahlen das aus irgendeiner Umlage mit. Das ist für mich nicht sinnvoll. Wenn wir sagen, es werden die Bereiche dort abgebildet, wo sie auch entstehen, sollte das auch so gemacht werden. Dann soll die Stadt sagen, wir leisten uns das, soll dem ZGM Zuschuss geben und soll gleichzeitig sagen, ihr bekommt jetzt noch weniger für diesen Bereich der Instandsetzung. Das wäre für mich die Wahrheit, alles andere ist sehr verklausuliert.

Eine andere Frage zu den Personalkosten. Wenn es wirklich so ist, dass wir 2009 weniger Personalkosten ausgegeben haben als geplant und wenn der Ansatz mit diesen 245 Planstellen im Ist 2009 nicht ganz unrichtig ist, hätte theoretisch das ZGM Möglichkeiten, eine Neubesetzung von Stellen durchzuführen oder benötigt sie die Differenz der eingesparten Personalkosten zur Deckung von anderen Aufwüchsen? **Herr Bielecke:** Nein, das ist das, was nach dem Wirtschaftsplan verwendet werden kann, um zusätzliches Personal zu beschäftigen. Das ist ja das, was der Wirtschaftsplan eigentlich will. **Herr Schramm:** Warum wird das dann nicht gemacht? **Herr Bielecke:** Dazu könnte ich einen Roman erzählen. **Herr Schramm:** Wenn es eine Größenordnung ist von 40 Planstellen, die die Planzahl unterbieten im Personalbereich, es nicht möglich ist z.B. im Energiemanagement eine Person einzustellen, dann stellt sich das für mich als absurd dar. **Herr Dr. Pohlack:** Das ist mit Sicherheit eine der Fragen, die in die Richtung gehen, wie kann ein ZGM in Zukunft überhaupt noch funktionieren. Natürlich gehört das eigentlich ordentlich geregelt und so war es auch, dass eine Fahrdienstleistung, das Hauptamtsgeschäft und all diese Dinge, die das ZGM für die Stadt macht, extra bewertet und entgolten werden. Nach dem Rauschenbach-Konzept standen ja Einsparungspotenziale drin, bis dann von Seiten der Stadt gesagt wurde, ok. Konsolidierungsbeitrag in der Summe X entspricht zufällig dem Betrag für das Hauptamtsgeschäft, Konsolidierungsbeitrag Y, wir hatten das hier mal dargestellt, Frau Ziederer hatte Ihnen mal die in den letzten Jahren bestimmten Konsolidierungspotenziale, die das ZGM zu leisten hatte, dargestellt. Dort sind diese separaten Zuschüsse für Geschäfte, die nichts mit dem Gebäudemanagement zu tun haben, quasi einkassiert worden, das müsse das ZGM aus den Umlagen für die m² mit herauswirtschaften. Was in der Praxis dazu führt, dass für die Unterhaltung der Gebäude noch weniger Geld zur Verfügung steht. Diese Entwicklung führt insgesamt dazu, dass der Eigenbetrieb als eigenwirtschaftlich denkender Betrieb, der die Gebäude der Stadt Halle unterhält, gar nicht mehr wirklich eigenwirtschaftlich tätig sein kann. Ich habe jetzt die Situation, dass die m² Serviceentgelte viel geringer sind als in vergleichbaren Städten bei vergleichbaren Betrieben und dass ich darüber hinaus noch das Hauptamtsgeschäft mit erwirtschaften muss. Das heißt, wir haben den Sinn eines Eigenbetriebes, aus eigenen wirtschaftlichen Überlegungen zu handeln, in den letzten Jahren immer weiter zurück gefahren, so dass wir jetzt an dem Punkt kommen, sich zu überlegen, wenn es denn so ist, stellt man das System um, was die einzelnen Fachbereiche, die bestimmte Gebäude nutzen oder für die Nutzung verantwortlich sind, pro Jahr und pro Projekt eine bestimmte Summe im Haushaltsplan selber einstellen und das dann dem ZGM zur Verfügung stellen, damit das hochbauamtlich abgewickelt werden kann. Das ist die Richtung, in die es im Moment geht, weil ich mit diesen lächerlichen Beträgen von 1,32 € nicht mehr wirklich selber was tun kann. Damit ist aber der wirtschaftliche Sinn des Eigenbetriebes weit infrage gestellt. Wir werden uns schon damit beschäftigen müssen, wie die Perspektive aussieht.

Herr Sprung: Wir haben so viele Sachen gefunden, die den Wirtschaftsplan infrage stellen. Nach meiner Auffassung sind 4,- € sinnvoll. Grob immobilientechnisch betrachtet, ab wann machen wir uns verantwortlich für den zielgerichteten Niedergang eines ZGM, wenn wir sagen, wir beschließen das, aber zu 4 €/m² oder mit welchen Randbedingungen können wir

das für den Wirtschaftsplan 2010 verantworten. **Herr Dr. Pohlack:** Sie machen sich nicht verantwortlich für den Niedergang des ZGM, sondern unterm Strich lebt die Stadt auf Kosten der Immobilien, die sie hat. Die planmäßige Werterhaltung an den Immobilien findet nicht statt, d.h., wir verzehren unser Vermögen, um uns bestimmte Dinge an anderer Stelle zu leisten. Da kommt irgendwann der Punkt, wo der wirtschaftlich tätige Eigenbetrieb von der Struktur her keinen Sinn mehr hat. Aber im Grunde genommen heißt das Vermögensverzehr. **Herr Bielecke:** Vermögensverzehr hat immer stattgefunden. Der Verlust ist immer gegen das Vermögen gebucht worden.

Herr Dr. Pohlack: Hier hat Frau Ziederer nochmal den Vergleich, wie es in anderen Städten üblich ist, dargestellt: „Vergleichsmieten aus dem KGSt-Vergleichsring, S. 6 Darstellung der Mieten“. Die Kompromissüberlegung von unserer Seite mit 2,59 € war eher noch ein sehr moderater Ansatz, wo die Geschäftsführung gesagt hat, wir werden es damit nicht schaffen, den Instandhaltungsstau von heute auf morgen aufzuholen, aber es kann eine gewisse Grundsicherung der Gebäudesubstanz stattfinden. Aber mit 1,32 € komme ich an den Punkt, wo ich mir die Frage stellen muss, kann ich überhaupt diese Verantwortung noch übernehmen.

Herr Schramm: Ich schlage vor, die Geschäftsleitung braucht einen Wirtschaftsplan, um arbeiten zu können. Das sollten wir auch für 2010 tun. Wir sollten ihn aber bitte in den Stadtrat einbringen mit mehr Randbemerkungen. Die eine ist, dass wir bitten, wenn es schon im Plan sichtbar ist, dass das ZGM sinnvoll Stellen besetzen könnte, dass wir das auch im Sinne einer nachhaltigen Verbesserung im Energiemanagement und anderen Bereichen fordern. Dass wir weiterhin sagen, dass es in dieser Form für die Zukunft zu verantworten ist, was wir tun, nicht als ZGM, sondern als verantwortliche Stadträte, als Verwaltung, wie wir mit den Immobilien der Stadt Halle umgehen. Ich würde darauf dringen, dass diese Problematik Hauptamt, sauber buchhalterisch abgrenzbar dargestellt wird. Ob das bei der Stadtverwaltung ist oder im ZGM wäre egal. Dann kann man die Kosten demjenigen zuordnen, der sie verursacht.

Herr Wolter: Was machen Sie als ZGM an der Händelhalle? Im Finanzausschuss konnte die Frage nicht beantwortet werden, was das ZGM in der Händelhalle macht, wo es doch ein fremdvermietetes Objekt ist. **Herr Bielecke:** Unser städtischer Sachverstand wird dort eingebracht. **Herr Wolter:** Wo ist die Kostendeckung dafür? In der Händelhalle steht das nicht mit drin unter Haushaltsansatz. **Herr Bielecke:** Das könnte man fortsetzen, z.B. beim Kulturtreff. Den Sachverstand halten wir vor und bringen ihn ein, was ich vom Grundsatz her auch richtig finde. Es sind z.T. auch versteckte Dinge, die in der Vergangenheit das Hochbauamt erfüllt haben. Das sind Hochbauamtsaufgaben, die sich nicht 1:1 in wirtschaftlichen Kategorien darstellen lassen.

Herr Wolter: Ich würde jetzt keinen Änderungsantrag zu der Vorlage formulieren oder eine Erweiterung. Es ist auch unsere Aufgabe als Ausschussmitglieder solche Sachen mit zu definieren. Was ich für uns als Handreichung gut finde, aufgrund der Unterfinanzierung, die wir definiert haben, mit vernünftigen Serviceentgelthöhen beziffern könnten, wenn man eine Summe des Vermögensverzehrs mal darstellen könnte. **Herr Bielecke:** Wir können Ihnen aktuell diese Zahlen für den Stadtrat übergeben. 7 bis 8 Mio. € sind aktuell. Die können am Donnerstag im Finanzausschuss genannt werden.

Herr Dr. Pohlack: Wir gehen in die Abstimmung Wirtschaftsplan 3. Fassung (Teilzeitinitiative).

Anfrage von **Frau Röhr** zu welcher Vorlage abgestimmt wird. Es gibt 2 Fassungen, die mit 27.128.100 € oder 28.934.700 €? Sie stellen doch diese Vorlage im Finanzausschuss auch vor. **Herr Bielecke:** Diese benannten Haushaltsstellen bzw. die Mietausgaben als solche belaufen sich auf diese 27.128.100 €. Es kommen hinzu Nachzahlungen für Verbräuche und diese führen zu den 28.934.700 €. Bei den Gesamtausgaben kommen wir auf die 18.934.700 €. **Frau Ziederer:** Für den Erfolgsplan, der abgestimmt werden muss, sind es 28.934.700 €, wenn ich nur von Stadt ausgehe, sind es die 27.128.100 €.

Abstimmungsergebnis:

5 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
3 Enthaltungen

mehrheitlich z u g e s t i m m t

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beschließt, entsprechend § 10 Abs. 2 a) der Satzung der Stadt Halle (Saale), für den „Eigenbetrieb Zentrales GebäudeManagement der Stadt Halle (Saale)“ den Wirtschaftsplan für das Jahr 2010.

Finanzielle Auswirkung:

Haushaltsstelle: VerwHH:
Mietausgaben der UA an ZGM (531010, 531020, 531030) 27.128.100,00 €
VermHH: Investitionszuschuss an EB ZGM 0,00 €

> Herr Wolter verabschiedet sich in den Finanzausschuss. <

Herr Dr. Pohlack: Ich wollte nochmal auf die Frage eingehen, was es der Betriebsleitung eigentlich so furchtbar schwer macht, qualifiziertes Personal nachzuholen. Wir haben das zwar hier schon diskutiert, aber das ist eine Odyssee, wo man sich wirklich auch im Zusammenhang, was eine Person arbeitskräftemäßig überhaupt leisten kann, auseinandersetzen muss. Das ist ein Zustand, der gehört dringend abgestellt und wenn das nicht ganz schnell passiert, dann steht auch in dieser Betrachtungsweise der Eigenbetrieb hochgradig infrage. Es nützt niemanden was, wenn Herr Bielecke im Krankenhaus ist. Es steht ja im Restrukturierungsprozess nicht ohne Grund drin. Es sind ja nur wenige Stellen konzentriert, wo man zuerst was tun muss. Wenn jedes Mal, auch wenn es darum geht, einen Praktikanten zu übernehmen, der in den Betrieb reingewachsen ist, wenn der dann nicht eingestellt werden kann, z.B., Sie kennen das, durch Vetorechte vom Personalrat usw., dann führt das dazu, dass der Betrieb kollabiert. Wir sind kurz davor, das darf nicht passieren. Auch wenn ich realistischerweise anerkennen muss, dass der Eigenbetrieb ZGM ganz offensichtlich von Anfang an unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten nie konsequent aufgebaut worden ist. Wenn man sich die alten Konzepte anschaut, es gab ja auch vor Rauschenbach schon eins, das genauso gründlich nachweist, dass das Hauptamtsgeschäft dort rein gehört. Wenn man das mal in Rechnung stellt, dass das ZGM von Anfang an nicht konsequent wirtschaftlich richtig gegründet worden ist, da verbleibt für mich eine Zielstellung, der fachliche Sachverstand muss hier gebündelt bleiben, den müssen wir auch unter anderen wirtschaftlichen Verhältnissen anzapfen.

Herr Schramm: Für mich ist das völlig fremd, wenn ich jemanden einstellen will, stelle ich ihn ein. Was kann der Betriebsrat dagegen haben? Wenn die Geschäftsführung vernünftig vorschlägt, ich will aus den und den Gründen jemanden einstellen, wie kann da die Vertretung der Mitarbeiter etwas dagegen haben?

Herr Bielecke: Diese Frage stelle ich mir auch regelmäßig. Ich wollte nochmal erläutern, warum das so ist. Ich kann nicht nachvollziehen, wenn man von mir z.B. abverlangt, dass die Oberbürgermeisterin ausdrücklich dem zustimmen muss. Wir haben einen Wirtschaftsplan und ich bin der Betriebsleiter, der nach diesem Wirtschaftsplan handelt. Der ist auch separat

genehmigt und nicht mit diesen Auflagen versehen und ich bekomme das regelmäßig zurück. Ich muss in die Einigungsstellenverfahren gehen für „Krümelkäse“. Eine wirklich sachliche Begründung habe ich nicht bekommen. Ich habe auch den aktuellen Fall, dass wir einen Assistenten einstellen wollten. Der ist mir ausdrücklich von den teilnehmenden Mitarbeitern, die das Gremium vertreten, bestätigt worden, dass alle Vier, die in Frage gekommen sind, fachlich kompetent sind. Wo ist da die Grenze, jemanden einzustellen. Wenn die Stelle da ist, wenn das Geld da ist, wie Sie sehen, wo sind da die Grenzen. Es gibt keine. Der Erste sagt ab, weil er die Zeit nicht warten will, die da infrage kommt. Ich habe allerdings jemanden, der nach wie vor kompetent ist und noch zur Stange hält, und ich habe wieder den gleichen Vorgang und werde sicherlich in das Einigungsstellenverfahren gehen müssen, um am Ende vielleicht im Juli so weit sein zu können, den Mitarbeiter einzustellen, der eigentlich schon spätestens im Dezember hätte eingestellt werden müssen. Dann muss ich ehrlich sagen, dass auch so Kraft verschlissen wird und ich kann das nicht nachvollziehen. Aber vielleicht kann uns das Herr Kohlberg mal erklären.

Herr Sprung: Was gibt es eigentlich für Sachen, die dagegen sprechen, was gibt es für Instrumente, dass nicht eingestellt werden kann?

Herr Bielecke: Es gibt natürlich vor einer Einstellung Formalien zu beachten. Also habe ich den Personalrat mit einbezogen. Wenn man nicht zur Einigung kommt, bis jetzt ist es noch nie zur Einigung gekommen, das liegt nicht an mir. Es gibt ja auch andere Vorgänge, da ist bis zum Klageverfahren das auch gemacht worden, z.B. bei der Einstellung des Controllers, der auch nur aus einem anderen Wirtschaftsunternehmen der Stadt umgesetzt worden ist. Bis 5 Monate lang ist geklagt worden. Es ist auch anders als in der Stadt selber, aber hier im Eigenbetrieb machen wir das so. Mag ja sein, dass es Gründe gibt für dieses Vorgehen. Ich kann sie nur nicht erkennen. Auch die sachlichen Argumente, die ich vorgetragen habe, werden nicht zur Kenntnis genommen. Die letzte Antwort, die ich erhalten habe, ich hätte keine neuen Sachgründe vorgetragen, deshalb würde man bei den alten Beschlüssen bleiben. Ich kann das nicht nachvollziehen.

Herr Dr. Pohlack fragt Herrn Kohlberg, ob er etwas dazu sagen möchte. **Herr Kohlberg:** Ich hatte mich mit dem Problem auseinandergesetzt und habe mir vom Personalrat die Legitimation geholt, Ihnen die Mitbestimmungsverfahren aushändigen zu dürfen. So wie sie eingegangen sind mit unserem Beschluss, warum, weshalb, weswegen und würde sie Ihnen hiermit gern aushändigen und Sie können sich diesbezüglich selber ein Bild machen.

Herr Schramm bittet Herrn Kohlberg, in wenigen Sätzen zu sagen, worin das Problem liegt. Sie haben ja von Herrn Sprung, von Herrn Bielecke und mir gehört, das wir das nicht verstehen können.

Herr Bielecke: Es sind vor allem formelle Gründe, die angeführt werden, die können ausgemerzt werden. Ich hatte extra dafür gesorgt, dass das Personalamt diese Aufgaben übernimmt, nicht unsere Mitarbeiter, die das angeblich nicht konnten. Es wird außerdem angeführt, die Befristung des Arbeitsvertrages. Wenn wir befristen, dann würde man evtl. zustimmen können, das ist aber auch zurück gezogen worden. Ich habe auf die Dinge, die vorgetragen worden sind, geantwortet. Insbesondere muss ich sagen, dass vor allen Dingen die Einstellung von Frau Fisser gerechtfertigt wäre, aufgrund der fachlichen Kompetenz, die vom Personalrat selbst mit festgestellt worden ist, bei der Beteiligung an den Gesprächen. Im Wirtschaftsplan ist ja auch verankert, die Entgeltgruppe, die vorgesehen ist, zu der wieder nachgefragt wurde. Das kann kein Grund sein, die Einstellung grundsätzlich abzulehnen. Es waren keine Fragen dabei, die für eine Entscheidung relevant wären. Es ist leider so gekommen, dass Frau Fisser ihre Bewerbung wegen der langen Entscheidungsfrist zurückgezogen hat. Also musste ich erneut unter denjenigen, die infrage kommen, noch einmal die Mitbestimmung einreichen. Ich habe zuvor deutlich darauf hingewiesen, wir haben einen bestätigten Wirtschaftsplan, nach dem gehandelt werden kann. Der Ausschuss hatte

sich im Dezember ausdrücklich dafür ausgesprochen, dass eingestellt wird. Auch das sollte man nicht ganz außer Acht lassen. Meine letzte Erwiderung auf ein Schreiben und Anfragen des Personalrates ist offensichtlich nicht dabei. Also ist das, was hier von Herrn Kohlberg ausgeteilt wurde, unvollständig.

Herr Dr. Pohlack: Wir werden jetzt diesen Konflikt nicht beseitigen können. Aber, Herr Kohlberg, ich muss von meiner Seite nochmal die Frage stellen, welches Ziel verfolgt die Personalvertretung, wenn es denn in der Tat um formelle Dinge geht, abgesehen davon, wir haben ja deshalb das städtische Personalamt hinzugezogen, weil dort ja über Jahre Einstellungen vorgenommen werden und es regelmäßig Kontakt mit dem Personalrat gibt und es dort immer funktioniert, ohne dass formelle Dinge da beanstandet werden. Da kommt man ja auf den Gedanken, dass die formellen Vorwürfe zumindest nicht „kriegsentscheidend“ sein können. Es gibt ja auch zwischen zwei Parteien, außer der Möglichkeit, sich über formelle Dinge zu streiten, auch dass man sich in der Sache mal damit beschäftigt, was hat denn die Personalvertretung für ein Ziel, dass sie über Jahre durchgängig jegliche qualifizierten Neueinstellungen verhindert, wo wir auf der anderen Seite mit einer gewissen Bitterkeit in allen Konzepten, Rauschenbach usw., Untersuchungen zur Kenntnis nehmen müssen, dass bestimmtes qualifiziertes Personal fehlt. Wenn ich als Personalrat eine Politik mache, die jegliche Neueinstellung verhindert, dann säge ich mir doch als Personalvertretung den Ast ab, auf dem ich sitze. Von der Seite verstehe ich das überhaupt nicht mehr. Wir sind auch aus diesem Grunde in einer Situation, wo wir über die Aufstellung des ZGM uns grundsätzliche Fragen gefallen lassen müssen. Wo wollen Sie denn eigentlich hin? Das ist etwas, was seit Jahren im Haus schwebt und keiner Antwort zugeführt wird. Der Personalrat hat ja nicht die Aufgabe, eigene Firmenpolitik zu machen, sondern er hat die Aufgabe, die Belange der Beschäftigten zu schützen, dass es nicht zu ungerechtfertigten Kündigungen usw. kommt. Ich weiß nicht, Herr Kohlberg, ob Sie schon in dem Gremium waren, als es damals darum ging, dass der Betriebsausschuss das Konsolidierungskonzept von Rauschenbach beschließt. Zu der Zeit war die OB selber Betriebsausschussvorsitzende. Und dort ist ein Beschluss gefasst worden und wortwörtlich von der OB formuliert und beschlussmäßig festgehalten worden, wo es hieß: „Die von Herrn Rauschenbach vorgeschlagenen betriebsbedingten Kündigungen will ich nicht mit tragen, das bleibt außen vor.“ Sie sind auch von der Spitze der Kernverwaltung her sozusagen unter Naturschutz gestellt worden, ganz unabhängig davon, welchen Qualifizierungsstand der Einzelne hat. Was für eine komfortable Ausgangssituation, im Vergleich zu dem, was Herr Rauschenbach aufgeschrieben hatte, was man machen müsste. Und dennoch, wenn es darum geht, das Unternehmen von Innen neu aufzubauen, wird so Vetopolitik gemacht. Da sehe ich eine Verselbständigung des Personalrates in der Weise, dass er eigene Firmenpolitik macht, die am Ende in die Sackgasse führt. Aber wollen Sie es denn wirklich so darauf ankommen lassen, dass der Betrieb als ZGM keine Chance mehr hat für die Zukunft? Und ein solcher Grund, warum das ZGM seit Jahren, lange vor meiner Zeit, immer wieder so schlecht behandelt wird, besteht ja darin, dass ja immer wieder irgendwelche Dinge passieren, dass der eine oder andere Mitarbeiter, der seiner Aufgabe nicht gewachsen ist und nach außen hin aktiv wird und Ansatz für Kritik gibt, in Größenordnungen, wenn Sachen überdimensioniert sind oder wie auch immer. Schon daraus ergibt sich doch die Notwendigkeit, endlich von dieser Prügelknabenrolle, die das ZGM hat, herauszukommen aus eigener Kraft. Wenn Sie jetzt nichts dazu sagen wollen, Herr Kohlberg, muss ich Sie dringend darum bitten, nehmen Sie das mal mit nach Hause und sprechen sozusagen mit dem Gewissen Ihres Personalrates ab, ob das wirklich weiterhin die Zielstellung sein kann. Sie graben dem Laden das Wasser ab und den Mitarbeitern. Also ich nehme erst mal zur Kenntnis, Sie wollen sich jetzt dazu nicht äußern.

Herr Schramm: Vielleicht gibt es ja eine Möglichkeit, dass der Betriebsrat mit einzelnen Vertretern des Stadtrates sich zusammensetzen will, auch dafür wäre ich denkbar. Ich erlebe es in dieser Schärfe zum ersten Mal. Das kann nicht so gehen, für mich ist kein Ziel erkennbar, außer was Herr Dr. Pohlack geäußert hat, das Ding vor die Wand zu fahren, das

kann ja wohl nicht ernsthaft sein. Oder sollen wir Stadträte die Geschäftsführung damit beauftragen, genau zu prüfen, ob die Personalratsstelle diese Umstrukturierungsmaßnahmen begleitet oder auf Null gesetzt wird. Wenn wir erkennen, dass die bezahlte Stelle Personalrat nichts dazu tut, dass die Umstrukturierung hier vorangeht, wenn wir der Meinung sind, dann würden wir evtl. auch der Geschäftsführung diesen Auftrag erteilen, so zu handeln und das müssen wir sogar.

Herr Sprung: Ich finde es sehr schade, dass Sie, Herr Kohlberg, nichts dazu sagen. Ich hätte mich auch einer weiteren Meinung gerne bedient. Für mich steht aus dem Haushaltsplan fest, es ist Geld da, um Stellen zu besetzen, es ist dringender Bedarf da, Stellen zu besetzen. Das ist für mich entscheidend, damit die Umstrukturierung abgeschlossen betrachtet werden kann und eine Entwicklung des ZGM überhaupt machbar ist. Eine gegenteilige Meinung war heute noch nicht auf der Tagesordnung, wird nicht geäußert. Deshalb kann ich das als Fakt nur so mitnehmen und das ist die Sackgasse. Die Strukturierungsmaßnahme und das, was rechtlich wichtig ist, muss durchgesetzt werden, egal, wie sich das auf ein Betriebsergebnis auswirkt.

Herr Hopfgarten: Ich möchte Herrn Kohlberg etwas sagen. Ich habe, als ich noch in der Universität, im Bereich der Leitung beschäftigt war, sehr viel mit dem Personalrat der Universität gearbeitet und es waren mitunter schwierige Probleme zu erledigen. Das hat auch nicht immer Spaß gemacht. Aber wenn sich die Sache weiter so darstellt, so wie ich das von allen beteiligten Seiten hier wahrnehme, dann kann ich mich nur der Meinung von Herrn Schramm anschließen, dann muss irgendetwas in der Richtung getan werden. Das geht nicht, dass ein Personalrat die Existenz eines Betriebes aufs Spiel setzt. Das finde ich skandalös. Das kann man nicht dulden und unwidersprochen hingenommen werden.

Herr Dr. Pohlack: Was die Sicherheit der Beschäftigten betrifft, da haben wir auch durch die textliche Formulierung im Zusammenhang mit der Arbeitszeitverkürzung eine Regelung getroffen, wo kein Mensch mehr Angst haben muss. Die Beschäftigungsgarantie wird für diesen Zeitraum gegeben. Hier ist überhaupt niemand da, der geschützt werden muss, weil er von Entlassung o.ä. bedroht wäre. Man kommt zu der Frage, wäre es nicht viel besser, man würde den ganzen Laden heimholen in die Kernverwaltung und dann dem Personalrat der Kernverwaltung unterliegt, dann haben wir normale und geordnete Verhältnisse und dieses Problem ist weg. Das sind auch Diskussionen, die stattfinden. Das gebe ich Ihnen mit auf den Weg, weil sich das in den nächsten Tagen und Wochen weiter zuspitzen wird. Mehr als dreimal fragen können wir ja nicht, wenn wir jetzt keinen Diskussionsansatz bekommen, dann würde ich an der Stelle das Thema erst mal abschließen.

zu 6 Anträge von Fraktionen, Stadträten und Beschäftigtenvertretern des EB ZGM

Es liegen keine Anträge vor.

zu 7 Schriftliche Anfragen von Stadträten und Beschäftigtenvertretern des EB ZGM

Es liegen keine Anfragen vor.

zu 8 **Mitteilungen**

zu 8.1 **Darstellung Serviceentgelt (Mietkalkulation) des EB ZGM**

Herr Bielecke: Das Serviceentgelt haben wir bereits dargestellt und die Darstellung liegt allen Betriebsausschussmitgliedern schriftlich vor.

Frau Röhr: Auf Seite 5 sind die Instandhaltungskosten ausgewiesen mit 1,04 €/ Monat und auf Seite 12 ist bei dieser Empfehlung, bei diesen 2,59 €, aber nur 0,84 € für Instandhaltung enthalten. **Herr Bielecke:** Das ist in etwa die Differenz. Die 2,59 € sind ein Kompromissvorschlag, der gemacht worden ist. **Frau Röhr:** Ich hätte dann die 1,04 € dazu genommen. Aber da wir das andere schon nicht bekommen, ist das sicher aussichtslos mit 1,04 €, dann wären wir auf 2,79 € gekommen. **Herr Bielecke:** Das ist eine Grundsatzentscheidung an dieser Stelle. Das kann man aus diesen Zahlen ablesen.

zu 8.2 **Restrukturierung und Neuausrichtung des EB ZGM**

Herr Bielecke: Sie hatten schon bei der letzten Betriebsausschusssitzung eine Tabelle erhalten und in der vorhergehenden Sitzung die Gesamtdarstellung sowie die Darstellung der Situation im September/ Oktober vergangenen Jahres. Ich habe Veränderungen nach der vorausgegangenen Berichterstattung gekennzeichnet. Die Roteintragungen markieren die Dinge, die sich verändert haben.

Herr Bielecke erläutert ausführlich die allen Betriebsausschussmitgliedern vorliegenden Unterlagen.

Herr Dr. Pohlack: Gibt es zielgerichtete Nachfragen? – Das ist nicht der Fall.

zu 9 **Beantwortung von mündlichen Anfragen**

Frau Röhr fragt nach, bezogen auf die letzte Ausschusssitzung, ob die Stellungnahme der BMA zum Jahresabschluss des EB ZGM auch den Nichtstadträten ausgehändigt werden kann. Durch den Wirtschaftsprüfer wurde damals auf diese Stellungnahme verwiesen, die nur den Stadträten bekannt war. Herr Dr. Pohlack wollte sich hierzu sachkundig machen.

Herr Dr. Pohlack: Dazu gibt es eine Satzung der BMA, nach der die Aushändigung leider nicht möglich ist.

zu 10 Anregungen

Es lagen keine Anregungen vor.

Für die Richtigkeit:

Datum: 22. März 2010

Dr. Thomas Pohlack
Bürgermeister

Karin Harkenthal
Stellv. Protokollführerin